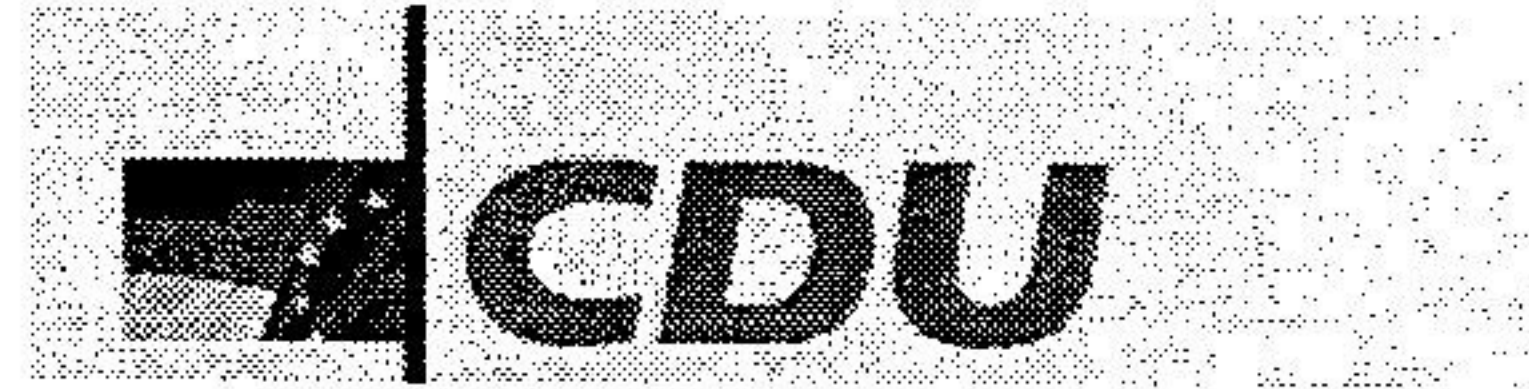




An den
Bürgermeister der Stadt Kamen
Herrn Hermann Hupe
Rathausplatz 1

59174 Kamen

Engag in der
Sitzung

Kamen, 16. Mai 2013

Sachantrag zum Tagesordnungspunkt 6 der Sitzung des Rates der Stadt Kamen vom 16. Mai 2013

Gründung der Initiative

„Kommunen für einen gesunden Mittelstand – Vermögenssteuer nein danke“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Zusammenhang mit der Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 16. Mai 2013 legen die Fraktionen der CDU und der FDP im Rat der Stadt Kamen zum Tagesordnungspunkt 6 den nachfolgenden Sachantrag vor und bitten gleichzeitig um Beratung und Beschlussfassung.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt

1. die Gründung der Initiative „Kommunen für einen gesunden Mittelstand - Vermögenssteuer nein danke“ und
2. der Bürgermeister wird aufgefordert, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung gegen die Einführung einer Vermögenssteuer entsprechend einzusetzen und für den Beitritt weiterer Kommunen zu der unter 1. gegründeten Initiative zu werben.

Begründung:

Die Steuereinnahmen auf allen Ebenen sind im vergangenen Jahr so hoch wie nie zuvor gewesen, der Bundestag wird für 2014 seit langem erstmals einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg bringen.

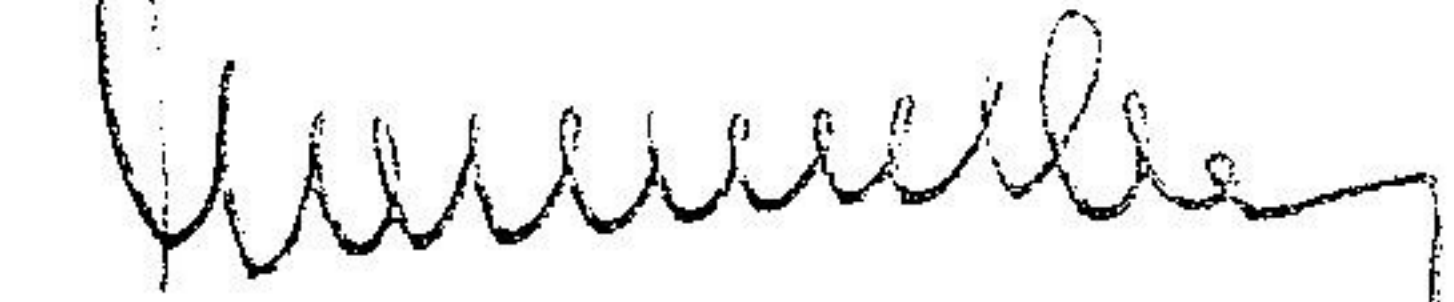
Auch das Land NRW hat ein so hohes Steueraufkommen wie nie zuvor. Zu verdanken ist dies einer positiv und stabilisierend wirkenden Politik der CDU/FDP-geführten Bundesregierung, die sich ausdrückt in: Dem höchsten Beschäftigungsstand und einer stabilen Wirtschaft in Deutschland.

Dabei sind es vor allem die deutschen mittelständischen Unternehmen die die meisten Arbeitsplätze im Land zur Verfügung stellen und mit ihrem Steueraufkommen zur Finanzierung des Staates beitragen. Eine Vermögenssteuer würde vor allem die Mittelschicht in unserer Bevölkerung und unsere mittelständischen Unternehmen, vom Handwerker bis zum Einzelhändler, treffen. Da es sich dabei um eine Substanzsteuer handelt und keine Ertragsteuer, führt dies unweigerlich zur schrittweisen Abschmelzung des Eigenkapitals und gefährdet somit die Arbeitsplätze in der Region.

Darüber hinaus würde eine Vermögensteuer aufgrund der Überprüfung des zu besteuerten Vermögens, die nur durch zusätzliches Personal in den Finanzverwaltungen umsetzbar wäre, keine zusätzlichen Erträge bringen.

Um den heimischen Mittelstand zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und für lebendige Städte ist es daher notwendig sich mit aller Kraft gegen eine arbeitsplatzvernichtende, mittelschicht- und mittelstandsschädigende Steuer, wie die Vermögenssteuer/Vermögensabgabe, zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Ina Scharrenbach MdL
Fraktionsvorsitzende CDU



Heike Schaumann
Fraktionsvorsitzende FDP